

Ortsverband Berlin-Lichtenberg des "DA" (Diskussionspapier)

Die SED und ihre bisherigen Satelliten versuchen seit einigen Wochen mehr und mehr die grundsätzlichen Forderungen und Ideen des **DEMOKRATISCHEN AUFBRUCHS** und anderer oppositioneller Vereinigungen als die eigenen Ideen zu verkaufen. Unter Mißbrauch der ihnen unterstehenden, immernoch nicht unabhängigen Medien, betreiben sie den Versuch der Erhaltung ihrer Macht. Sie, die keine demokratische Legitimation nachweisen können, sprechen schon wieder im Namen des "Volkes der DDR". Sie alle wollen eine "radikale" Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Landes, betonen jedoch eilfertig, daß der "Sozialismus" in der DDR nicht zur Disposition steht. Unter dieser Prämisse verkaufen sie uns Halbherzigkeiten und kosmetische Korrekturen als Initiativprogramme und Positionspapiere. Doch bisher hat keine dieser Parteien genauer erklärt, was denn eigentlich unter "Sozialismus" zu verstehen ist. Die SED übt sich unter permanentem Druck der Basis an der Schadensbegrenzung. Die anderen etablierten Parteien versuchen sich mit Sicht auf kommende freie Wahlen aus den weitreichenden Abhängigkeiten der SED zu lösen aber ein halbwegs klares Konzept können auch sie nicht vorweisen. Aus diesem Grunde und auch um die Grundsätze des **DEMOKRATISCHEN AUFBRUCHS** nicht durch Plagiate der anderen Parteien und Vereinigungen verwässern zu lassen, bedarf es schnellstmöglich einer präzisen, allgemeinverständlichen Definition unseres politischen und wirtschaftlichen Konzeptes. Nachfolgend die Position des Ortsverbandes Lichtenberg, beschlossen am 30.11.89.

1. Es werden nur noch Parteien bei Wahlen als Mandatsträger zugelassen. Ein neues Wahlgesetz muß verhindern, daß sich irgendeine Partei über andere Organisationen, wie z.B. FDJ, DFD, VdgB u.a.m., Mehrheiten beschaffen kann. Den Parteien wird es freigestellt auch Parteilose als Kandidaten zur Wahl aufzustellen.
2. Der Zugang der oppositionellen Parteien zu den Medien Funk und Fernsehen muß unverzüglich geregelt werden. Es sind ebenso unverzüglich Genehmigungen für die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften der oppositionellen Parteien und Vereinigungen zu erteilen.
3. Die Planwirtschaft ist konsequent und schnell in eine soziale Marktwirtschaft mit ökologischen Prinzipien umzuwandeln. Sogenannte "volkseigene" Betriebe sind in Staatsbetriebe oder Aktiengesellschaften umzuwandeln. Kleinere Einheiten können privatisiert werden. Das Außenhandelsmonopol des Staates muß aufgegeben werden.
4. Es sind umgehend gesetzliche Bedingungen zu schaffen, um ausländischen Kapitalanlegern die Möglichkeiten für Investitionen und Beteiligungen zu eröffnen. Dazu sind steuerliche Anreize zu schaffen.
5. Die Staatsbank der DDR ist in eine unabhängige, durch das Parlament kontrollierte Zentralbank umzuwandeln.
6. Die Mark der DDR ist schnellstmöglich, schrittweise konvertibel zu machen. Dies schließt einen Währungsschnitt nicht aus.
7. Die Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung. Anzustreben ist jedoch eine Konföderation, also ein Staatenbund.